

Mehr Grün, weniger Beton

Die Temperaturen steigen, Extremwetter wird auch in Mainz wahrscheinlicher – und was tut die Stadt?

Unwetter, so wie hier im November bei Mainz-Hechtsheim, können in Zeiten des Klimawandels deutlich häufiger auftreten und heftiger ausfallen.
Foto: Sascha Kopp

Von Isabel Page

MAINZ. Das Jahr 2024 zeichnet sich laut dem EU-Erdbeobachtungsdienst als das global wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen ab. Die 1,5-Grad-Marke ist gerissen. Seit dem Hitze-Check 2024 der Deutschen Umwelthilfe ist bekannt, dass Mainz zu den fünf meist versiegelten Städten Deutschlands gehört. Bei 51 Prozent Versiegelung und vergleichsweise geringem Grünvolumen werden steigende Temperaturen und häufigerer Starkregen zum Problem. Was tut die Stadt, um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen?

Im Gespräch mit der AZ bekräftigt die Umweltdezernentin der Stadt Mainz, Janina Steinkrüger (Grüne), zum Thema der Klimawandelfolgen-Anpassung: „Es ist ja das, was wir brauchen, damit auch unsere Enkelgeneration noch in Mainz gesund leben kann. Deswegen muss man über die Wichtigkeit gar nicht diskutieren.“

Deshalb arbeite die Abteilung Klimaschutz und Klimawandelanpassung, unter der Leitung von Paul Grünebach, an einer Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels, die im Februar dem Stadtrat vorgelegt werden soll. Ziel sei es, alle existierenden Maßnahmen des Bereichs zu bündeln, zu konkretisieren und größere Verbindlichkeit zu schaffen. Die Erkenntnisse aus Klimarisikoplanungen sollen als Planungsgrundlagen dienen, um konkrete Maßnahmen zu priorisieren. Es gehe darum die Überflutungsgefahr durch Starkregen, die Überschwemmungsgefahr durch Rheinobwasser sowie die Hitzebelastung bei Tag und Nacht zu reduzieren. Die fünf Themenfelder der Strategie reichen von Mensch und Gesundheit, über Erhalt und Verbesserung der urbanen Baumbestände bis hin zu gebauter Umwelt und der klimaangepassten Gestaltung von Straßenräumen.

Mehr Lebensqualität durch Klimaanpassung

Dafür zu sorgen, dass bei Neubauten gewisse Flächen begrünt werden und klimaangepasst gebaut werde, sei nicht das Problem. Hier hat die Stadt im Laufe der letzten Jahre bereits nachjustiert. Die Begrünungssatzung von 2022 legt den neuen Usus für Mainz fest: begrünte Grundstücke, Dächer und Fassaden, statt Versiegelung und Schottergärten. Die Satzung beinhaltet



Oben: In Finthen wird der Aubach renaturiert. Beim Spatenstich im Herbst stellten Umweltministerin Katrin Eder und die Umweltdezernentin Janina Steinkrüger (links) das Projekt vor. Sie ist für Projekte der Klimaanpassung in der Stadt verantwortlich. **Unten:** Insbesondere die starke Versiegelung – wie in der Schillerstraße – sorgt immer wieder für Kritik. Von anderen Städten kann Mainz lernen, wie Versiegelung entgegengewirkt werden kann.

Fotos: Jörg Henkel/hbz (Archiv), Sascha Kopp

aber auch ein buntes Sammelsurium an Ausnahmen, und Baurecht schlägt im Zweifelsfall die Richtlinien zur stadtklimatischen Verbesserung. Die Hauptaufgabe bestehe aber im Bestand. Hier sei vorgesehen, laufende und geplante Prozesse zu nutzen, wie den Ausbau der Fernwärme oder die Erweiterung der Stromnetze, um Straßen zu entsiegeln.

Neben dieser „zwei Fliegen mit einer Klappe“-Strategie sollen die Ziele dank Fördermitteln von Bund und EU, sowie durch Sensibilisierung der Verwaltung, Ämter und Öffentlichkeit erreicht werden. Die Botschaft, die es zu verbreiten gelte, ist dieselbe wie beim Klimaschutz auch: Worauf wir heute sparen, zahlen wir morgen umso teurer. Städte mit weniger Beton und mehr Grün hingegen seien

besser für die Gesundheit und Lebensqualität aller.

Konflikte um Haushalt und Prioritätensetzung

Schaut man sich einige der neueren Mainzer Plätze an, ist von der Vision der klimawandelangepassten Stadt noch nicht viel zu sehen. Weder am Zollhafen, noch am Uni-Vorplatz oder dem Münsterplatz möchte man Hitzetage oder Tropennächte gerne verbringen. Vergebens sucht man Grünflächen zum Sitzen oder schattenspendende Bäume. Auf die „minimalistischen Plätze“ angesprochen, erläutert die Dezernentin, dass diese durch Sachzwänge wie Rettungswege, unterirdische Rohre, Leitungen und bis zu 15 Jahre andauernde Planungsverfahren, bei denen Klimawandel noch keine Rolle spiel-

te, zu erklären seien. Außerdem „ist das natürlich im Unterhalt immer günstiger, einen asphaltierten Platz zu haben“.

Die Umsetzung der Ziele hänge letztlich von der Haushaltssituation ab. Die Notwendigkeit der Klimawandelanpassung in Politik und Verwaltung sei bekannt, die Umsetzung aber „scheitert dann an den anderen Sachzwängen, denen die Stadtverwaltung unterliegt“, so Frau Steinkrüger. Das Problem sei ein strukturelles, die öffentliche Haushaltssituation beiße sich mit den Anforderungen. „Da fällt es dann halt auch unter den Tisch, muss man ganz ehrlich sagen“, fügt sie, die Anpassung betreffend, hinzu.

Dieses Fazit würden Mainzer Umwelt- und Klimaschutzgruppen vermutlich bestätigen. Dass es immer am Geld scheitert, eher nur bedingt. Was Gruppen wie das Mainzer Baumbündnis oder das Netzwerk nachhaltige Stadtentwicklung kritisieren, sind Prioritäten-Konflikte. Für Infrastrukturmaßnahmen wie in der Mombacher oder der Hechtsheimer Straße sollen beispielsweise knapp 80 Bäume gefällt werden. Ersatzpflanzungen seien zwar teilweise geplant, doch junge Bäume könnten den ökologischen Wert alter Bäume nicht ersetzen. Es dauere Jahrzehnte, bis sie vergleichbar viel Schatten und kühle Luft spendeten. Das Netzwerk nachhaltige Stadtentwicklung hingegen kritisiert die Bebauung der Bretzenheimer Ebene für den „Bio-Tech Campus“. Dort gefährde die Versiegelung von 50 Hektar Ackerland die Kaltluftversorgung der Stadt.

Veränderungen lassen wohl auf sich warten

Es ist wohl erst mal nicht zu erwarten, dass sich in Mainz schnell etwas ändert. Paul Grünebach zufolge ist die Gestaltung von Straßenräumen betreffend nicht davon auszugehen, dass in zwei Jahren der ganze Straßen- und Verkehrsraum in Mainz klimaangepasst sei. „Das wird sich erst über die Jahre, nicht zu sagen Jahrzehnte, im Straßenbild bemerkbar machen“, konstatiert er. Die Dezernentin und der Abteilungsleiter scheinen sich einig, dass, wenn eine Entsiegelungsoffensive gewollt sei, es auch mehr Personal brauche. Eine Strategie zur Anpassung an den Klimawandel könne schneller zu Veränderungen führen, wenn sie zu einer Selbstverpflichtung der Verwaltung und mehr Kapazitäten aus dem Stadtrat führe.

KOMMENTAR



Es ist ja das, was wir brauchen, damit auch unsere Enkelgeneration noch in Mainz gesund leben kann. Deswegen muss man über die Wichtigkeit gar nicht diskutieren.

Janina Steinkrüger, Umweltdezernentin